

Verantwortung angesagt!

Zur deutschen Außenpolitik nach den Wahlen

Lutz Kleinwächter

Kein neuer Aufbruch, keine Richtungswahl! Die Wahlen zum Deutschen Bundestag brachten eine fragile Parteienlandschaft von großen und kleinen Verlierern in Pattsituationen hervor. Politisch und ökonomisch quälende Kontinuität, inkonsequente Fortschritte mit faulen Kompromissen eines „Weiter so“ bestimmen die absehbare Übergangsära. Als Kanzler verlängert ein wandlungsfähiger Olaf Scholz erstmal die konservative Phalanx Schmidt, Kohl, Schröder, Merkel. Ist Deutschland damit reif für globale Politik?

Die Welt ist im Umbruch. Dramatische machtpolitische Verschiebungen im multipolaren Staatenkonzert und sich zuspitzende globale zivilisatorische Konfliktfelder prägen die internationale Gesamtsituation. Im Gegensatz dazu spielten im Wahlkampf und in der laufenden Koalitions- bzw. Regierungsbildung die Außen- und Sicherheitspolitik keine wesentliche Rolle. Notwendige tiefgehende, z.T. radikale Initiativen und durchsetzungsfähige Veränderungen – Fehlanzeige.

Lobbygruppen, Strategiejnstitute und Leitmedien versuchen, massiv Einfluss auf die künftige Außenpolitik der Regierung zu nehmen. Deutlich verstärken sich die Auseinandersetzungen zwischen den pro-USA orientierten „Transatlantikern“ (DGAP-Aktionspläne, September 2021) und den eine strategische Autonomie der EU/Deutschlands im Rahmen einer multipolaren Weltordnung anstrebenden „Europäern“ (SWP-Studie, September 2021; Bertelsmann-Globalisierungsszenarien, Juli 2021). Widersprüchliche Einflüsse grüner und gelber Prägungen in der künftigen Regierungskoalition werfen – trotz der eklatanten Wahlniederlage der Unionsparteien und angesichts des knappen SPD-Erfolgs – erhebliche Zweifel hinsichtlich einer nachhaltigen Durchsetzung EU-/deutscher Interessen in einer kooperativen Außen-, Friedens- und Klimapolitik auf. Eine Enttäuschung der jungen Generation scheint vorprogrammiert.

Der künftige Kanzler ist gut beraten, die Leitlinienkompetenz der Beziehungen zu den Hauptakteuren dieser Welt – EU-Staaten, USA, China, Russland – beim Bundeskanzleramt zu belassen und im Gegensatz zu vorherigen Regierungen qualifizierte (!) MinisterInnen, insbesondere in der Außen- und Verteidigungspolitik, einzusetzen. Grundsatzentscheidungen

sind konsequent durch eine breite Mehrheit des Bundestages demokratisch abzusichern.

1. Ein zentraler Schwerpunkt der kommenden Regierungsarbeit wird die regionale Umsetzung und globale Aktivierung des Pariser Klimaabkommens sein. Gewaltige, zwingende Veränderungen in den Bereichen Energie, Verkehr und Digitalisierung – eine neue, nahezu alle Lebensbereiche durchdringenden Daseinsweise – sind erforderlich. Das seit Jahrzehnten vorhandene Gefahrenbewusstsein kollidiert dabei mit einer deutlich verzögerten Handlungsbereitschaft im nationalen wie internationalen Bereich. Konfrontationspolitik, Sanktionen sowie offene und verdeckte Konzepte eines *regime change* verschleppen den anstehenden Paradigmenwechsel.

Ohne China, Russland und Indien sind die multiplen Umweltkrisen nicht einzudämmen.

2. Auch unter der neuen Regierung bleiben Bündnisprobleme in der EU latent. Die zentrifugalen Tendenzen – angesichts der missratenen Flüchtlingspolitik, dem Brexit und den zunehmend autoritären Zügen in der Staatspolitik – müssen durch intensiven Dialog und aktive Projekte eingedämmt werden.

Notwendig ist eine europäische Stabilisierungsphase. Kernstück ist dabei die Ausweitung der Integration mit Frankreich. Gleichzeitig ist eine unaufgeregte verstärkte Kooperation mit Polen (Reaktivierung des „Weimarer Dreiecks“) und den osteuropäischen EU-Staaten angesagt. Die gescheiterte EU-Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden bedarf eines konzeptionellen Neuansatzes.

3. Die USA sind und bleiben ein enger Bündnispartner. Die Gesamtheit der gegenseitigen Beziehungen unterliegt spätestens seit dem „Trump-Schock“ der Umbewertung. Eine Orientierung hin zu „strategischer Unabhängigkeit“ und einer konsequenten Friedens- und Abrüstungspolitik sind notwendig. Die SPD-geführte Regierung bietet dafür bessere Möglichkeiten als die auslaufende Merkel-Zeit. Das zwanzigjährige Afghanistan-Fiasko sollte den ideologisch aufgeladenen grünen Bellizismus ausbremsen und auch die eklatante Widersprüchlichkeit zur Umweltpolitik offenbaren.

4. Der eurasische Doppelkontinent bietet für die ökonomische und ökologisch-technische Kooperation der EU/Deutschlands mit Russland, China und Indien hervorragende Zukunftsoptionen.

China ist als Handelspartner unverzichtbar für Deutschland. Das Verständnis als „Systemgegner“ ist im Denken der Ewiggestrigen angesiedelt. Ähnlich verhält es sich mit den Energiebeziehungen zu Russland, die der EU/Deutschland zuverlässige Grundlagen für eine sozial-ökologische Wende garantieren. Jegliche Konfrontationspolitik à la „Demokratien vs. Autokratien“, in welcher Farbe auch immer, schadet den deutschen Interessen.

Die alarmistisch ventilierten Dystopien eines Nuklearkrieges oder eines Klimakollapses der Weltzivilisation sind unrealistisch und desorientierend. Gefragt ist eine realistische Politik der Kooperation und der technologischen Innovationen in einer instabilen multipolaren Welt. Die EU und dabei besonders Deutschland können hier Initiatoren schlüssiger Lösungsansätze sein. 🌐

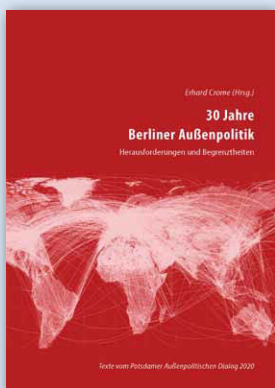


Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

geb. 1953, Studium am Institut für Internationale Beziehungen, Potsdam, Professor für Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft, bbw Hochschule der Wirtschaft in Berlin. Vorsitzender von *WeltTrends* e.V.

kklw@t-online.de

ANZEIGE



Erhard Crome (Hrsg.)

30 Jahre Berliner Außenpolitik

Mit dieser Publikation wird eine Bilanz von 30 Jahren deutscher Außenpolitik gezogen. Zu Wort kommen sowohl deutsche Autoren als auch Autoren aus Russland, den USA und China, Frankreich, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Litauen und der Türkei. Sie bilanzieren unterschiedlich die vergangenen drei Jahrzehnte Außenpolitik der „Berliner Republik“ und diskutieren die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt.